PROTOKOLL

aufgenommen über die am Mittwoch, den 06. März 2013 um 19 Uhr 30 im Gemeindeamt Achenkirch - Sitzungssaal - stattgefundene 2. Gemeinderatssitzung 2013 des Gemeinderates Achenkirch.

Anwesend: Bgm. Stefan Messner, Bgm.-Stv. Karl Moser, GV Manfred Höpperger, Irmgard Birnbacher und Nikolaus Zöschg sowie die Gemeinderäte Irene Ledermaier, Martin Rieser, Markus Danler, Franz Unterberger, Gabriele Buchmayer, Gottfried Danler, Maximilian Stecher, Johannes Lamprecht, Robert Geisler und Angelika Egger

Entschuldigt:

Nicht erschienen: -----

Es waren 3 (drei) Zuhörer anwesend.

Tagesordnung:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und Unterfertigung Sitzungsprotokoll
2. Öffentliche Weganlage „Huberfeld“ Gst. 1891 – Vermessung
3. Flächenwidmungsplanänderung Bereich Gst. 1679/142 u.a. – Reiter Hubert
4. Flächenwidmungsplanänderung Bereich Gst. 1679/142 – Reiter Hubert
5. Flächenwidmungsplanänderung Bereich Gst. 721/10 – Kern Daniel und Bettina
6. Grundstück Gst. 977/2 Martina Obermair – Löschung Dienstbarkeit
7. Checkpoint Achensee – Finanzielle Unterstützung
8. Verschiedene Auftragsvergaben
9. Anträge, Anfragen und Allfälliges

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit

10. Personalangelegenheiten

1. Der Bürgermeister eröffnet die Gemeinderatssitzung, begrüßt die anwesenden Gemeinderätinnen sowie die Gemeinderäte und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Das Protokoll über die Gemeinderatssitzung vom 28. Jänner 2013 wird vom Gemeinderat ordnungsgemäß unterfertigt.

2. Öffentliche Weganlage „Huberfeld“ Gst. 1891 – Vermessung

Bereits bei der Sitzung am 21. Dezember 2012 wurde die Grundstücksabläse an Herrn Kronberger beschlossen. Von der Gemeinde sind aufgrund des nunmehr vorliegenden Vermessungsplanes 113 m² von Herrn Kronberger zum Preis von € 45,-/m² abzulösen. Der Gemeinderat beschließt einstimmig, dass die Verbücherung des vorliegenden Teilungsplanes des Herrn DI Gottfried Püllbeck, G.Zl. 2222 vom 15. Jänner 2013 nach den Bestimmungen der §§ 15 ff LiegTeilG erfolgt.

GV Zöschg bringt in diesem Zusammenhang vor, dass die „Gesamtsituation“ in diesem Siedlungsbereich überdacht werden sollte. Auch eine Erschließung vom Areal Transporte Huber könnte angedacht werden. Der Bürgermeister erklärt diesbezüglich, dass es bereits Gespräche mit Herrn Angerbauer gegeben hat. Es konnte jedoch bisher keine Lösung gefunden werden. Man wird jedoch versuchen, mit allen Beteiligten eine Zusammenkunft zu arrangieren, damit über die Zufahrtsthematik nochmals gesprochen werden kann. Eine Übernahme des Grundstückes Gst. 724/1 in das Öffentliche Gut ist in der derzeitigen Form nicht möglich. Der Bürgermeister führt auch noch an, dass die derzeit ausgewiesene Gefahrenzone der Seeache für das gesamte Siedlungsgebiet problematisch ist. Im Falle einer Verbauung des Areals Transporte Huber durch eine Wohnbaugesellschaft muss geprüft werden, ob es dadurch zu einer Verschlechterung des im Raumordnungskonzept ausgewiesenen Bauerwartungslandes zu einer Verschlechterung kommt oder nicht. Man ist diesbezüglich bereits mit Frau DI Fleisch in Kontakt.

3. **Flächenwidmungsplanänderung Bereich Gst. 1679/142 u.a. – Reiter Hubert**

Bei der Sitzung am 21. Dezember 2012 wurde vom Gemeinderat einstimmig die Auflage der Änderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich der Grundstücke Gst. 1679/142 u.a. (Teilflächen) beschlossen. Die für den Endbeschluss der Änderung erforderliche Stellungnahme der Wildbach- und Lawinenverbauung liegt nunmehr vor. Sonstige Stellungnahmen zum Entwurf wurden nicht eingebracht.

Flächenwidmungsplanänderung Nr. 41 – Gst. 1679/142 u.a. (Teilflächen) – Reiter Hubert

Der Gemeinderat beschließt gemäß § 113 Abs. 3 iVm § 70 Abs. 1 lit. a TROG 2011 einstimmig die dem Entwurf des DI Falch (Projektnummer R10ac-12339) entsprechende Änderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich der Grundstücke Gst. 1679/142 u.a. (jeweils Teilflächen) von derzeit „Sonderfläche Hotel mit Landwirtschaftsbetrieb“ (§ 43 Abs. 1 lit. a TROG 2011) sowie „Freiland“ (§ 41 TROG 2011) in „Sonderfläche Hotel mit Landwirtschaftsbetrieb samt landwirtschaftlichen Nebengebäuden und Nebenanlagen“ (§ 43 Abs. 1 lit. a TROG 2011). Diesem Beschluss ist aufgrund des Gemeinderatsbeschlusses vom 21. Dezember 2012 die Auflage des Entwurfes vom 10. Jänner 2013 bis 07. Februar 2013 vorausgegangen.

4. **Flächenwidmungsplanänderung Bereich Gst. 1679/142 – Reiter Hubert**

Bereits bei der Sitzung am 10. September 2012 wurde vom Gemeinderat einstimmig die Auflage bzw. die Änderung des Flächenwidmungsplanes im nördlichen Bereich des Grundstückes Gst. 1679/142 (Teilfläche) beschlossen. Aufgrund der zu diesem Entwurf von der Wildbach- und Lawinenverbauung abgegebenen Stellungnahme ist nunmehr eine neuerliche Beschlussfassung über die Auflage sowie die Änderung erforderlich. Der Entwurf wurde von DI Falch entsprechend der Stellungnahme der Wildbach- und Lawinenverbauung abgeändert. Für diesen liegt nunmehr jedoch die positive Stellungnahme vor.

Flächenwidmungsplanänderung Nr. 40 – Gst. 1679/142 (Teilfläche) – Hubert Reiter

Auf Antrag des Bürgermeister beschließt der Gemeinderat der Gemeinde Achenkirch gemäß § 113 Abs. 3 und 4 iVm § 70 Abs. 1 Tiroler Raumordnungsgesetz 2011 – TROG 2011, LGBI.Nr. 56, und § 64 Abs. 1 des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2006 – TROG 2006, LGBI. Nr. 27, den von DI Andreas Falch ausgearbeiteten Entwurf (Projektnummer R10ac_12339) über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Achenkirch im Bereich einer Teilfläche des Grundstückes Gst. 1679/142 in verkürzter Form durch zwei Wochen hindurch vom 09. März 2013 bis 25. März 2013 zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen.

Der Entwurf sieht eine Widmungsänderung im Bereich einer Teilfläche des Grundstückes Gst. 1679/142 von derzeit „Sonderfläche Hotel mit Landwirtschaftsbetrieb, beschränkt auf landwirtschaftliche Betriebsgebäude“ (§ 43 Abs. 1 lit. a TROG 2011) sowie „Freiland“ (§ 41 TROG 2011) in „Sonderfläche Hotel mit Landwirtschaftsbetrieb samt landwirtschaftlichen Nebengebäuden und Nebenanlagen“ (§ 43 Abs. 1 lit. a TROG 2011) vor.

Gleichzeitig wird gemäß § 113 Abs. 3 iVm § 70 Abs. 1 lit. a TROG 2011 der einstimmige Beschluss über die dem Entwurf entsprechende Änderung des Flächenwidmungsplanes gefasst.

Dieser Beschluss wird jedoch nur rechtswirksam, wenn innerhalb der Auflegungs- und Stellungnahmefrist keine Stellungnahme zum Entwurf von einer hierzu berechtigten Person oder Stelle abgegeben wird (09. März 2013 bis 02. April 2013).

5. **Flächenwidmungsplanänderung Gst. 721/10 u.a. – Kern Daniel und Bettina**

Aufgrund der Abtretungen an das öffentliche Gut im Bereich des Grundstückes Gst. 721/10 (Kern Daniel und Bettina) ist nunmehr auch eine Änderung des Flächenwidmungsplanes bzw. des Bebauungsplanes erforderlich, da auf der Nordseite die entsprechende Fläche dazugekommen ist. Auch die Anpassung des Bebauungsplanes ist aufgrund der geänderten Baufluchtlinie notwendig. Die entsprechenden Unterlagen wurden von Herrn DI Falch erstellt und werden dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht.

Flächenwidmungsplanänderung Nr. 44 – Gst. 721/10 u.a. – Kern Daniel und Bettina

Auf Antrag des Bürgermeisters beschließt der Gemeinderat der Gemeinde Achenkirch gemäß § 113 Abs. 3 und 4 iVm § 70 Abs. 1 Tiroler Raumordnungsgesetz 2011 – TROG 2011, LGBI.Nr. 56, und § 64 Abs. 1 des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2006 – TROG 2006, LGBI. Nr. 27, den von DI Andreas Falch ausgearbeiteten Entwurf (Projektnummer R12ac_50625) über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Achenkirch im Bereich der Grundstücke Gst. 721/10 u.a. durch vier Wochen hindurch vom 09. März 2013 bis 08. April 2013 zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen.

Der Entwurf sieht eine Widmungsänderung im Bereich der Grundstücke Gst. 721/10 u.a. von derzeit „Freiland“ (§ 41 TROG 2011) bzw. „Wohngebiet“ (§ 38 Abs. 1 TROG 2011) in „Wohngebiet“ (§ 38 Abs. 1 TROG 2011) bzw. „Freiland“ (§ 41 TROG 2011) und „Geplante örtliche Straße“ (§ 53 Abs. 1 TROG 2011) vor.

Gleichzeitig wird gemäß § 113 Abs. 3 iVm § 70 Abs. 1 lit. a TROG 2011 der einstimmige Beschluss über die dem Entwurf entsprechende Änderung des Flächenwidmungsplanes gefasst.

Dieser Beschluss wird jedoch nur rechtswirksam, wenn innerhalb der Auflegungs- und Stellungnahmefrist keine Stellungnahme zum Entwurf von einer hierzu berechtigten Person oder Stelle abgegeben wird (09. März 2013 bis 15. April 2013).

Bebauungsplanänderung „Kern: 721/10“ – Kern Daniel und Bettina

Auf Antrag des Bürgermeisters beschließt der Gemeinderat der Gemeinde Achenkirch gemäß § 66 Abs. 1 des Tiroler Raumordnungskonzeptes 2011 – TROG 2011, LGBI. Nr. 56, den von DI Andreas Falch ausgearbeiteten Entwurf (Projektnummer R12ac-50625, Plan-Nr. AC-Bpl-KE-020) über die Erlassung eines Bebauungsplanes (Änderung Allg. und Erg. Bebauungsplan „Kern: 721/10) für den Planungsbereich des Gst 721/10 u.a. KG Achenal lt. planlicher und schriftlicher Darstellung durch vier Wochen hindurch vom 09. März 2013 bis 08. April 2013 zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen.

Gleichzeitig wird gemäß § 66 Abs. 2 des Tiroler Raumordnungsgesetzes – TROG 2011 der Beschluss des Bebauungsplanes gefasst.

Dieser Beschluss wird jedoch nur rechtswirksam, wenn innerhalb der Auflegungs- und Stellungnahmefrist keine Stellungnahme zum Entwurf einer hierzu berechtigten Person oder Stelle abgegeben wird (09. März 2013 bis 15. April 2013).

6. Grundstück Gst. 977/2 Martina Obermair – Löschung Dienstbarkeit

Auf dem Grundstück Gst. 977/2 in Einlagezahl 196 – Eigentümerin Martina Obermair – ist unter CLNr. 1a die Reallast der Verpflichtung, bei Hühnerhaltung einen entsprechend gesicherten Zaun zu errichten und bei eventuellen Schäden vollen Ersatz zu leisten, zu Gunsten der Einlagezahl 388 und 500 (Eigentümer Gemeinde Achenkirch) eingetragen. Diese Reallast wurde im Zuge des Kaufes der Grundstücke im Bereich „Taschenfeld“ von der EZ 90079 (Stift Fiecht) übertragen. Der Gemeinderat beschließt einstimmig, dass der Löschung der o.a. Dienstbarkeit zugunsten des Gst. 988/2 in EZ 388 und Gst. 987 in EZ 500 zugestimmt wird.

7. Checkpoint Achensee – Finanzielle Unterstützung

Beim „Checkpoint Achensee“ handelt es sich um ein Jugendprojekt des Seelsorgeraumes Achensee. Es ist eine Sanierung des Jugendraumes in Pertisau, der von den Jugendlichen des gesamten Seelsorgeraumes genutzt werden kann, geplant. Von der Diözese wurden bereits finanzielle Mittel in Höhe von € 15.000,- zugesagt. Die restlichen Mittel in Höhe von € 3.000,- sollten von den Gemeinden übernommen werden, wobei von der Gemeinde Eben bereits die Zusage für € 2.000,- gemacht wurde. Auch von Seiten der Gemeinde Achenkirch wurde ein Betrag in Höhe von € 1.000,- in Aussicht gestellt. Nach eingehender Debatte spricht man sich im Gemeinderat jedoch mehrheitlich gegen eine Unterstützung aus, insbesondere da der Raum von

den Ministranten aus Achenkirch nicht genutzt wird. Der Bürgermeister führt an, dass dies ein vertretbarer Betrag für ein Jugendprojekt in der Region wäre. Der Gemeinderat beschließt mit 2 JA-Stimmen sowie 13 Nein-Stimmen, dass von Seiten der Gemeinde Achenkirch keine finanzielle Unterstützung für die Sanierung des Jugendraumes in Pertisau gewährt wird.

8. Verschiedene Auftragsvergaben

a) Gemeindebauhof – Ankauf Anhänger für Unimog und Traktor

Der Bürgermeister informiert über die vorliegenden Angebote der Firma Gögl bzw. Firma Hauser. Nach Prüfung der Angebote hat man sich aufgrund der Ausführung für den Anhänger der Firma Gögl entschieden, obwohl dieser etwas teuer ist. Auch im Gemeindevorstand hat man sich für diesen Anhänger entschieden. Der Gemeinderat nimmt den Ankauf des Anhängers zum Preis von € 28.350,-- einstimmig zur Kenntnis. Dieser Betrag ist aufgrund des Voranschlages nicht zur Gänze vorgesehen. In diesem Zuge wird auch über den derzeitigen Fuhrparkstand sowie die in den nächsten Jahren anstehenden Anschaffungen informiert.

b) Döxenkapelle – Dachsanierung

Aufgrund des Angebotes der Firma Zimmerei Klingler belaufen sich die Kosten für die Dachsanierung auf € 2.064,-- inkl. MwSt. Von Hannes Lamprecht wird noch ein Skonto von 3 % gewährt. Der Gemeinderat beschließt einstimmig, dass man sich mit einem Betrag von € 1.000,-- an der Sanierung beteiligt. Der restliche Betrag wird von der Pfarre sowie vom dem Erlös des Weihnachtsbasars übernommen.

c) Skaterplatz Achenkirch

Von mehreren Jugendlichen ist man an die Gemeinde mit dem Ersuchen für den Ankauf von Geräten für den Skaterplatz herangetreten. Bei der letzten Dorflebenausschusssitzung gemeinsam mit den Jugendlichen hat sich der Ausschuss positiv ausgesprochen und eine weitere Behandlung im Gemeinderat zugesagt. Von den Jugendlichen wurden auch Vorschläge ausgearbeitet bzw. Angebote eingeholt. Die Kosten würden sich demnach für zwei Quaterpipes Standard (€ 3.090,-- pro Stück), eine I Pyramide-Kingsize (€ 13.900,--) und eine Stufen-Combo (€ 2.000,--) – Gesamtkosten € 22.080,--. Zusätzlich wären noch Adaptierungen beim bestehenden Platz (z.B. neue Asphaltsschicht, Randsteine, Einzäunung) erforderlich. In der Debatte wird vorgebracht, dass die Anlage nur von einem kleinen Personenkreis genutzt wird. Auch das Thema Lärm ist nicht zu unterschätzen. Auch die Anschaffung „gebrauchter Geräte“ oder ein „Eigenbau“ wird angesprochen, wobei dies aufgrund der Sicherheitsbestimmungen bzw. der Verpflichtung der jährlichen Prüfung der Geräte eher schwierig ist. Eine event. Mitfinanzierung durch die Gemeinde Eben, da es ja auch dort keinen „richtigen Skaterplatz“ gibt, erscheint aus Sicht des Bürgermeisters nicht realistisch zumal die Gemeinde, wie unter TO 7 beschlossen, nicht einmal bereit ist 1.000,-- Euro für ein Gemeinschaftsprojekt auszugeben. Der Bürgermeister ist über die Diskussion eher verwundert, da die Stimmung beim Gespräch mit den Jugendlichen eigentlich positiv war. GV Zöschg erklärt diesbezüglich, dass es zu wenige Interessenten gibt. Nach eingehender Debatte beschließt der Gemeinderat mit 5 JA-Stimmen, 8-NEIN Stimmen und 2 Stimmenthaltungen, dass aufgrund der geringen Anzahl an Jugendlichen derzeit keine neuen Geräte für den Skaterplatz angekauft werden.

9. Anträge, Anfragen und Allfälliges

a) Verschiedene Terminbekanntgaben:

Die nächste Bauausschusssitzung findet am Mittwoch, den 13. März 2013 um 19.30 Uhr und die nächsten Gemeinderatssitzung (Rechnungsabschluss) am Donnerstag, den 28. März 2013 auch um 19.30 Uhr statt.

b) Achenseekraftwerk – wasserrechtliches Verfahren Verlängerung (Seeabsenkung)

Für die Gespräche mit den Vertretern der TIWAG bezüglich der Verlängerung der wasserrechtlichen Bewilligung sowie der damit verbundenen Nebenbestimmungen (z.B. Seeabsenkung) sollte von Seiten der Gemeinde ein „Wunschkatalog“ erstellt werden, der an Herrn Direktor Wallnöfer ehest mögliche übergeben werden sollte. In diesen Katalog könnten z.B. Wünsche hinsichtlich Restwassermenge, Kosten bei der Räumung der Seache, Maßnahmen

im Bereich Oberaubachgerinne udgl. aufgenommen werden. Vzbgm. Moser bringt vor, dass auch die hohen Pumpkosten bei der Abwasserbeseitigung ein Thema sein könnte, da ja diese nur anfallen, da kein geeigneter Vorfluter vorhanden ist (man hätte ein eigenes Klärwerk im Bereich Achenwald errichten können). Die Möglichkeiten der Gemeinde sind jedoch eher als gering zu beurteilen. Eine Absenkung bis 11,00 m wird nach Auskunft der Wasserrechtsexperten vermutlich nicht mehr erfolgen. Somit würde der ursprüngliche unbefristete Bescheid des Achenseekraftwerkes wirken, d. h., dass nur mehr eine Absenkung von 5 m möglich ist. (gegenüber den zwischenzeitlich genehmigten 11,00 m). Im Zuge des anstehenden Wasserrechtsverfahrens muss nur die Thematik mit der erhöhten Absenkung des Sees neu verhandelt werden. Bei der wasserrechtlichen Bewilligung für den Betrieb des Kraftwerkes handelt es sich aufgrund der vorliegenden Bescheide um eine „unbefristete Genehmigung“. GV Zöschg bringt vor, dass der Hochwasserschutz jedenfalls berücksichtigt werden sollte (z.B. rechtszeitige Absenkung des Achensees, bessere Koordination bei der Öffnung der Schleuse im Bereich Pumpwerk). Der Bürgermeister erklärt, dass bisher vorliegenden Bescheide mit unabhängigen Fachjuristen (Dr. Weber, Dr. Oberleitner, Rechtsberater der FUST) bereits geprüft und die Stellung der Gemeinde abgeklärt wurde (Parteistellung der Gemeinden, event. UVP-Verfahren). Man sollte die sich ergebenden Möglichkeiten nutzen. Die Wasserrahmenrichtlinien sagen aus, dass ein guter ökologischer Zustand herzustellen ist.

Von der TIWAG wurden auch bereits Entschädigungsvereinbarungen (anstelle des gleichfalls auslaufenden Talvertrages) vorgelegt, die jedoch in dieser Form nicht akzeptabel erscheinen. Diese wurden aufgrund verschiedener Parameter ausgearbeitet, wobei u.a. auch eine „zweckgebundene Verwendung“ enthalten ist. Die Punkte „Absenkung“, „Schwankungen“ und „Seevoll“ müssten jedenfalls aufgenommen werden. Auch die durch die Absenkung entstehenden Schäden an den Ufern müssen berücksichtigt werden. Die Vereinbarung mit der TIWAG würde unbefristet (auf die Dauer der wasserrechtlichen Genehmigung) abgeschlossen. Die Abgeltung „nicht messbarer Schäden“ soll nach politischem Willen für alle Gemeinden gleich sein. Zukünftig erhalten auch andere Gemeinde (z.B. Jenbach wegen dem Kraftwerk) eine Entschädigung.

Zwischenzeitlich wurde von der TIWAG der Antrag auf Wiederverleihung bei der Behörde (Amt der Tiroler Landesregierung) eingebracht. Die Gemeinden wurden bereits zur Abgabe einer entsprechenden Stellungnahme eingeladen. Diesbezüglich wird vorgebracht, dass die Vertretung durch einen Anwalt sinnvoll wäre. Der Bürgermeister bringt diesbezüglich nochmals vor, dass bereits bisher die besten Juristen auf diesem Gebiete mit der Angelegenheit betraut wurden. Bis zum Jahr 2027 gibt es einen Masterplan, in dem enthalten ist, dass die Gewässer einen verbesserten Zustand aufweisen müssen.

Der Bürgermeister erklärt nochmals, dass von Seiten der Gemeinde ein „Wunschcatalog“ erstellt werden muss. Man muss den Spielraum, der sich den Gemeinde ergibt, bestmöglich nutzen.

d) Sanierung Gemeindestraßen

GR Stecher bringt vor, dass das Gemeindestraßennetz dringend saniert werden muss. Der Bürgermeister erklärt diesbezüglich, dass erstens im Voranschlag Sanierungen vorgesehen sind und zweitens die Straßen nach den noch notwendigen Grabungsarbeiten saniert werden soll. Weiters wurde vom Gemeindebauhof eine Erhebung über die Straßenzustände gemacht, und daraus ein „Sanierungsplan“ erstellt.

Ende: 21 Uhr 30

g. g. g.

.....
Bgm. Stefan Messner

F.d.R.d.A.

(Pockstaller)